

**18. Wahlperiode**

## **Schriftliche Anfrage**

**der Abgeordneten Katalin Gennburg (LINKE)**

vom 16. Juni 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 16. Juni 2020)

zum Thema:

**Besucherzentrum und Bürgerforum im Parlaments- und Regierungsviertel**

und **Antwort** vom 06. Jul. 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 07. Jul. 2020)

Senatsverwaltung für  
Stadtentwicklung und Wohnen

Frau Abgeordnete Katalin Gennburg (Linke)  
über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin  
über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t  
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/23793  
vom 16.06.2019  
über Besucherzentrum und Bürgerforum im Parlaments- und Regierungsviertel

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Was unternimmt der Senat, um den Bund zum Bau des sogenannten Bürgerforums zwischen Bundeskanzleramt und Paul-Löbe-Haus (ruhender Bebauungsplan I-200ic Forum) zu bewegen?

Antwort zu 1:

Im städtebaulichen Wettbewerb Spreebogen (1992) sah der Siegerentwurf von Schultes/Frank ein zusätzliches Element eines „Bürgerforum“ vor als einen symbolischen Ort in Form eines antiken, von Baukörpern umgebenen Forums. Dieses Chiffre des Bürgerforums muss mit Leben und Ideen für eine konkrete Nutzung und Gestalt gefüllt werden. Eine gesellschaftliche Diskussion darüber hat bis heute nicht stattgefunden. Das Bedürfnis für eine inhaltliche konzeptionelle Annäherung müsste aus der breiten Mitte der Gesellschaft und der politischen Institutionen heraus erwachsen und kann nicht verordnet oder über einen Bebauungsplan initiiert oder gelöst werden. Momentan werden dazu keine Gespräche geführt. Die Fläche gehört dem Land Berlin und ist dem Fachvermögen des Straßen- und Grünflächenamts Mitte zugeordnet.

Frage 2:

Welche Erkenntnisse hat der Senat über das vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung geleitete Bauprojekt des Deutschen Bundestags „Besucher- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages (BIZ)“ bezüglich der Thematik Urbanität, allgemeine Zugänglichkeit und städtebauliche Einpassung?

Antwort zu 2:

Der Neubau des BIZ wird auf einer Fläche geplant, die derzeit bereits baulich durch den so genannten Berlin-Pavillon genutzt wird. Der Neubau wird als Zugangs- und Informationsgebäude für angemeldete Besucherinnen und Besuchern dienen, die den Bundestag besuchen oder sich über diesen informieren wollen. Damit löst es die städtebaulich missliche Bestandssituation der Container auf dem Platz der Republik ab. Der im Rahmen des Wettbewerbsverfahren 2016 gekürte erste Preis wurde unter anderem deswegen ausgewählt, weil der städtebaulich klar definierte und einladende Vorplatz eine

attraktive Eingangssituation für das von der Scheidemannstraße abgerückte Gebäude schafft.

Frage 3:

Wie bewertet der Senat den Graben, der auf der Reichstagswiese entstehen wird (zum Hintergrund: Die Bau- und Raumkommission des Ältestenrates des Deutschen Bundestages hat am 12. Februar 2020 entschieden, vor dem Westportal des Reichstagsgebäudes einen sogenannten Aha-Graben mit 2,5 Meter Tiefe zu errichten) und wie weit sind der Senat, das Baukollegium und die Berliner Denkmalbehörden in diese architektonische Landschaftsgestaltung einbezogen worden?

Antwort zu 3:

Der „Aha-Graben“ ist Bestandteil des Bebauungsplanverfahrens 1-94 (BIZ). Im Vorfeld wurden verschiedene Konzepte zur Umsetzung des gestiegenen Sicherheitsbedürfnisses vor dem Reichstagsgebäude diskutiert. Aus denkmalpflegerischen und städtebaulichen Gründen wurde dem oberirdisch nicht sichtbaren Aha-Graben gegenüber einer massiven sichtbaren oberirdischen Abgrenzung der Vorzug gegeben. Dies ist mit dem Landesdenkmalamt abgestimmt. Das Baukollegium ist nicht einbezogen worden.

Frage 4:

Warum möchte die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) von der Einigung zu einer Ausgleichsmaßnahme in der Scharnhorststraße für den Eingriff in den Tiergarten durch den Bau des BIZ nichts mehr wissen; warum handelt die BImA entgegen der klaren Beschlusslage des Deutschen Bundestages?

Antwort zu 4:

Zu einer Einigung zwischen dem Land Berlin und der BImA ist es erst im April dieses Jahres gekommen. Vorher bestand ein Dissens zwischen dem Land Berlin, das die gesamte Grundstücksfläche als Ausgleichsfläche präferiert hat und der BImA, die das gesamte Grundstück mit einer Ministeriumserweiterung bebauen wollte. Warum die BImA ggf. entgegen eines Beschlusses des Bundestages handelt, ist nicht bekannt.

Frage 5:

Sind Medienberichte zutreffend, wonach die BImA ein zum Beschluss des Bundestages und zur Stellungnahme des Bezirksamtes Mitte entgegengesetztes Einvernehmen mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen erzielt hat?

Antwort zu 5:

Nach mehreren Verhandlungen zwischen dem Land Berlin einschließlich des Bezirksamtes Mitte und der BImA konnte keine Einigung erzielt werden. Im April 2020 wurde zwischen vom Senat ein Kompromiss erarbeitet, den die BImA angenommen hat. Demnach werden etwa zwei Drittel der Grundstücksfläche als Ausgleichsmaßnahme hergerichtet, während ein Drittel als Baufläche für die Erweiterung des Wirtschaftsministeriums verbleibt. Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens 1-94 obliegt es dem Senat als Plangeber, die Ausgleichsmaßnahmen für das BIZ festzulegen. Das Bezirksamt Mitte wurde vom Senat über die Einigung in Kenntnis gesetzt.

Frage 6:

Trifft es zu, dass der Raumbedarf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie so hoch ist, dass beide in Rede stehenden Grundstücke in der Scharnhorststraße bebaut werden müssen und nicht für die Ausgleichsmaßnahme in Anspruch genommen werden können?

Antwort zu 6:

Das ist nach Angaben der BImA korrekt.

Frage 7:

Ist es zutreffend, dass der Ausgleich für den Bau des BIZ im Tiergarten nicht ortsnah, sondern in Wartenberg erfolgen soll?

Antwort zu 7:

Die für den Ausgleich erforderlichen Flächen werden auf zwei Drittel des Grundstücks in der Scharnhorststraße in Berlin Mitte hergerichtet. Derzeit wird gutachterlich untersucht, ob über das Erforderliche hinaus weitere Flächen auf einer bundeseigenen Fläche in Wartenberg als Ergänzung hinzugezogen werden.

Frage 8:

Worin soll der Ausgleich in Wartenberg bestehen, da die Fläche bereits eine Naturschutzfläche ist?

Antwort zu 8:

Die im Eigentum der BImA befindliche Fläche (Grundstücksnummer 1479 und 1481) grenzt unmittelbar an die Flächen des Naturschutzgebietes Wartenberger /Falkenberger Luch. Die Fläche selbst ist nicht Teil des Naturschutzgebietes. Derzeit lässt die BImA das Aufwertungspotenzial fachgutachterlich prüfen, welche Maßnahmen zu einer naturschutzfachlichen Aufwertung führen können und sich für einen Ausgleich eignen. Ein Ergebnis liegt derzeit noch nicht vor.

Frage 9:

Wie kann nach Auffassung des Senats der Ausgleich für die Bewohnerinnen und Bewohner des Bezirkes Mitte im Bezirk hergestellt werden und welcher Anstrengungen bedürfte es hierfür?

Antwort zu 9:

Gemäß § 1a Baugesetzbuch kann der Ausgleich für einen Eingriff im Rahmen eines Bebauungsplanverfahrens auch an anderer Stelle als am Ort des Eingriffs erfolgen. Durch die o.g. Einigung mit der BImA wurde jedoch erreicht, dass der erforderliche Teil des Ausgleichs im Bezirk Mitte an der Scharnhorststraße stattfinden kann. Diese Fläche soll als Erweiterung des Invalidenfriedhofs als öffentliche Parkanlage dienen und steht damit den Bewohner/innen des Bezirks Mitte zur Verfügung.

Berlin, den 06.07.2020

In Vertretung

Lüscher

.....

Senatsverwaltung für  
Stadtentwicklung und Wohnen